



Biwöchlicher Abonnementssatz in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. Insertionsgebühr für den Raum einer sechsheligen Seite 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Großdition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem überall unter alle Post. Einzelne Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 478. Mittag-Ausgabe.

Sechsundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Deutschland.

Berlin, 13. Octbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Offizieren u. folgende Auszeichnungen verliehen, und zwar: den Roten Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwerten am Ringe; Allerhöchstes General-Adjutanten, dem General-Lieutenant Grafen von Brandenburg II., Commandeur der Garde-Cavallerie-Division; den königlichen Kronen-Orden erster Klasse mit Schwerten am Ringe; Allerhöchstes General-Adjutanten, dem General-Lieutenant à la suite der Armee, Prinzen Friedrich Wilhelm zu Hohenlohe-Ingelfingen; den königlichen Kronen-Orden erster Klasse: dem General-Lieutenant Wolff von Linger, Inspecteur der Gewehrfabriken; den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem Obersten Kramppf, à la suite des Westfälischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 7 und Director der Gewehr- und Munitionsfabrik zu Erfurt; den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem Oberst-Lieutenant Jägermann, à la suite des 4. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 17 und Director der Gewehr- und Munitionsfabrik zu Danzig; den Roten Adler-Orden vierter Klasse: dem Hauptmann Schering, à la suite des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments, commandir zur Dienstleistung beim Kriegs-Ministerium, dem Hauptmann v. Flotow, à la suite des 4. Brandenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 24 (Großherzog von Mecklenburg-Schwerin), Directions-Assistenten bei der Gewehrfabrik zu Danzig; den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: dem Feuerwehr-Premier-Lieutenant Schulz beim Stabe der 1. Fuß-Artillerie-Brigade und dem Betriebs-Inspector Bruder bei der Gewehrfabrik zu Spandau.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Leonhard Klüftinger in Bologna zum Consul des Deutschen Reiches ernannt. Demselben sind als Amtsbezirk die seinen Amtssitz umgebenden Gebiettheile, bis einschließlich Modena, Parma, Ferrara und Ravenna, zugewiesen worden.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Heinrich Breithaupt Meyer in Ningpo (China) zum Vice-Consul des Deutschen Reiches ernannt.

Dem Comite für den Bau der Schlesischen Mittelbahn ist zu Händen des Grafen Büdler zu Scheidau die Erlaubnis zur Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Grottau nach Breslau erteilt worden.

Berlin, 13. October. [Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] kam gestern Mittag um 12 Uhr von Potsdam nach Berlin, conserierte im Auswärtigen Amt mit dem Wirklichen Geheimen Rath und Ministerial-Director von Philippborn in Angelegenheiten der Brüsseler Ausstellung im Jahre 1876, stattete darauf dem General-Feldmarschall Grafen von Wrangel einen Besuch ab, empfing Nachmittags 3 Uhr den Professor Dr. Lüder aus Erlangen, hielt sich darauf längere Zeit in der Hausbibliothek im kgl. Schlosse auf und kehrte mit dem Zuge um 5 Uhr Nachmittags nach dem Neuen Palais zurück.

[Drei königliche Hoheit die Prinzessin Friedrich Carl] nebst Prinzessinen-Dochtern Marie und Elisabeth ist von Benedig in Mailand eingetroffen und im Hotel de la Ville abgestiegen, um bis zur Ankunft Sr. Majestät des Kaisers dasselbst zu verweilen. (Reichsanzeiger)

Berlin, 13. October. [Der Reichskanzler und die Nationalliberalen.—Die neueste Phase der italienischen Kirchenpolitik.] Hier lebende Centrumsmitglieder des Reichstags machen kein Hehl daraus, daß ihnen die Umkehr des Reichskanzlers auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete wohlgesetzt. Sie glauben durch ihre parlamentarischen Canäle zu wissen, daß innerhalb der nationalliberalen Partei eine schwer zu beschreibende Conternation herrscht, weil ein Theil derselben geneigt ist, der Führerschaft des genialen Staatsmannes unbedingt zu folgen, während der andere den unmotivierten Bruch mit den liberalen Traditionen nicht mitmachen will. Die Ultramontanen schreiben dem Reichskanzler die Absicht zu, eine fest gegliederte Regierungspartei in unferen parlamentarischen Körperschaften zu bilden. In einem guten Theil der nationalliberalen Fraction finde er die Bedingungen zu einer Reorganisation derselben. Der Moment sei dazu angehan, weil eben jetzt die nationale und auswärtige Politik die Mithilfe ihrer entschiedensten Anhänger entbehren kann, während die innere Politik eine wohldisziplinierte ministerielle Partei verlangt. Der Reichskanzler soll erst jüngst ausgesprochen haben, daß gerade die Minorität der Nationalliberalen nicht unter die Fahne des Ministerialismus zu bringen sei, und daß es besser wäre, sie von der zu großen und deshalb unlensamen Partei zu scheiden. Die Clericalen wollen ferner von informierter Seite wissen, daß die Strafgezettel und die Steuergesetze einerseits und die schutzzöllnerischen Neigungen des Reichskanzlers andererseits den Keil zur Sprengung der nationalliberalen Partei bilden sollen. Welche Quellen den Herren für solche Mittheilungen zu Gebote stehen, ist uns nicht bekannt; aber sie rechnen mit einer gewissen Zuversicht darauf, daß selbst der Alles einigende Culturkampf nicht stark genug sein wird, einen Theil der Liberalen an die Fahne Bismarcks zu fesseln. Um dies zu beweisen, beziehen sich die Schwarzen auf die erregte Sprache der nationalliberalen Organe gegen die kirchlichen Bestimmungen der Strafgezettel und citiren die folgende Stelle der heutigen „Nat.-Ztg.“: „Erschreckender können sich die Folgen der in den letzten Jahren hervorgetretenen katholischen und gesellschaftlichen Gegenjähe für die politische Entwicklung kaum aufzuräumen, als in dem Ansinnen der liberalen Partei, heute, da sie die Entschiedung des Reichstags in diesen Fragen unbedingt beherrscht, da nicht auf das Schwanken einiger ängstlicher Naturen, sondern nur auf den Entschluß von vollen drei Dritttheilen der gesammten liberalen Partei die Rechnung gestellt werden kann, in einem Zuge Preis zu geben, was im norddeutschen Reichstage mühsam errungen wurde, ja zum Theil noch hinter den damaligen Entwurf der Regierungen zurückzugehen.“ Das gedachte Blatt schließt seine Ausführungen mit folgenden Sätzen: Die Zeit ist wahrlich nicht angelhan, innerhalb der Reichstagsmehrheit, die sich zur entschiedenen Abnehr reichs- und staatswidriger Bestrebungen zusammengetraut hat, scharfe Meinungsverschiedenheiten zu Tage treten zu lassen, und die liberale Partei hat oft genug bewiesen, daß sie dieser politischen Notwendigkeit Opfer schwerer Art zu bringen weiß. Aber wenn ihr im Ernst angesessen werden soll, alles das wieder preiszugeben, womit sie vor kaum einem Jahrzehnt die Grundpfeiler des Reichsstaats eingeknickt zu haben dachte, so ist es nicht mehr anders möglich, als daß dieser Reichstag mit einem grelleren Wahlgange abschließt, als je bisher einer seine Verhandlungen zu föhren drohte. An dieser Stelle vermag der aufrichtigste Freund einer friedlichen und geistlichen Entwicklung unserer Einrichtungen eine befriedigende Lösung nicht abzusehen, wenn die Regierung in den

wesentlichen Punkten auf ihren Forderungen beharrten sollte. Noch hoffen wir, daß es der Berathung im Buudestrathe gelingen möge, die am meisten Anstoß erregenden Vorschläge des Entwurfs aus demselben zu entfernen.“ Wir können nur hinzufügen, daß diese Hoffnung nicht unberechtigt ist. Seitens einzelner Bundesstrathmitglieder ist über die Hauptbestimmungen der Strafgezettelvölle gegen interessire Personen eine ziemlich absäßige Kritik abgegeben worden. Ob die Annahme gerechtfertigt ist, daß die Mehrheit des Bundesstraths gegen die fatalen Bestimmungen der Vorlage votiren wird, ist allerdings fraglich.

Aber als ein gutes Vorzeichen darf es betrachtet werden, daß der königl. sächsische Justizrat Held mit dem Referat im Auschuss betraut ist. Sächsische Abgeordnete schildern nämlich Herrn Held als einen ebenso intelligenten, wie liberalen Juristen, der sich nicht zur Aufgabe gemacht haben kann, die reactionären Bestimmungen der Novelle zu vertheidigen und zur Annahme zu empfehlen. — Personen,

die zur hiesigen italienischen Gesandtschaft in Beziehung stehen, wollen nicht zugeben, daß die jüngste oppositionelle Haltung der ministeriellen italienischen Journale gegen den Vatican in Zusammenhang steht mit diplomatischen Verhandlungen über ein Arrangement, betreffend das Verhalten beider Mächte für den Fall einer Sedesvacancie des heiligen Stuhles. Man schreibt die Sprache der italienischen Blätter den natürlichen Einwirkungen der bevorstehenden Kaiserreise zu und will darin speciell eine Zurückweisung jener vom Papste gehaltenen Ansprüchen erblicken, die ihre Spitze gegen Deutschland gerichtet haben. Auch soll man im Quirinal die möglichste Tacitlosigkeit des Papstes gegen den hohen Gast des Königs befürchten und sich vor solchen Eventualitäten schützen wollen, welche die Jesuitenpartei im Vatican für die Anwesenheit des Kaisers plant. Ob aber die italienischen Staatsmänner weiteren Wünschen des deutschen Cabinets entgekommen werden, will man von jener Seite bezweifeln, wenn auch zugegeben wird, daß Herr v. Neudell es nicht an Bemühungen fehlen ließ, um dazu die Wege zu ebnen.

[Der Depeschenverkehr] beim Brände des Kaiserhofs zwischen dem Polizei-Präsidenten von Madai und Sr. Majestät dem Kaiser begann Sonntag Vormittag 10½ Uhr. Die erste Depesche lautet:

„Der Dachstuhl des Kaiserhofs steht auf allen vier Seiten seit 10 Uhr in Flammen. Bis jetzt ist es gelungen, das Feuer von den bewohnten Zimmern des ganz besetzten Hauses in den drei ersten Etagen fern zu halten. gez. v. Madai.“

Hierauf antwortete Sr. Majestät der Kaiser:

„Ich bitte um fortgesetzte Nachricht und Details über das zu traurige Ereignis. gez. Wilhelm.“

Die zweite Depesche des Polizei-Präsidenten erfolgte um 2 Uhr Nachmittags:

„Durch die sehr breiten Ventilationsschachte ist die Verbreitung des Feuers sehr gefördert und namentlich der große Speisesaal und der ganze hintere Mittelbau von demselben ergreift worden. Letzterer wird nicht zu retten. Habe zur Ablösung der Spritzenmannschaften zwei Compagnien requirieren müssen. gez. v. Madai.“

Die Beendigung des Brandes wurde Abends 6½ Uhr mit folgenden Worten gemeldet:

„Feuer bewältigt. Der ganze Dachstuhl, mehrere Zimmer im vierten Stock und der ganze hintere Mittelbau mit dem Speisesaal vollständig ausgebrannt. Entstehungsart bis jetzt noch nicht ermittelt. Feuerwehr hat unter der befonnenen und energischen Führung des Hauptmanns Witte ihren alten Ruf bewahrt. Haltung der großen Menschenmenge vortrefflich. Comité tritt schon morgen Vormittag wegen der sofortigen Wiederherstellung des Hotels zusammen. gez. v. Madai.“

Von der Berliner Hotel-Gesellschaft geht Berliner Blättern folgende Erklärung zu:

„Es sind durch verschiedene Zeitungen Bemerkungen über die Entstehung des Feuers in unserem Hotel „Kaiserhof“ verbreitet worden. Wir bringen mit Rücksicht hierauf zur öffentlichen Kenntniß, daß die sofort eingeleitete amtliche Untersuchung eine Auflösung über den Thaibestand noch nicht ergeben hat. Soviel ist festgestellt, daß weder die Central-Feuerwehranlagen des Hotels, welche überhaupt nicht im Betrieb waren, noch die Gasleitungen, welche rechtzeitig abgeschlossen worden sind, die Entstehung oder Verbreitung des Brandes herbeigeführt haben. Die Waich-Anstalt, sowie sämmtliche Feuerungen liegen im Souterrain, während das Feuer auf dem Boden entstanden ist. Holzconstructionen sind beim Bau des Gebäudes nur insofern in Ausführung gekommen, als die Bau-Polizeiordnung es gestattet. Provisorische Constructionen waren überhaupt nicht vorhanden, und das Dachwerk in allen Theilen feuersicher mit Sint und Schiefer eingedeckt. Wir werden es für unsere Pflicht dem Publikum gegenüber erachten, das Resultat der amtlichen Untersuchung nach dem Abschluß durch die Zeitungen zu veröffentlichen. Berliner Hotel-Gesellschaft. S. Hensel.“

Bremen, 13. Oct. [Der Dampfer „Nürnberg“.] Nach hier eingetroffenen Nachrichten hat der Dampfer des norddeutschen deutschen Lloyd „Nürnberg“, welcher im Canal mit dem Schiff „Lady Alice“ zusammenstieß, seine Reise unbeschädigt fortgesetzt.

Düsseldorf, 13. Octbr. [Verurteilung.] Am 9. d. M. wurden der Redakteur des „Düsseldorfer Volks-Zeitung“ und der Redakteur des hiesigen „Kirchen- und Volks-Boten“ wegen Abdruck der päpstlichen Encyclica vom 5. Februar d. J. in zweiter Instanz zu je 150 Mark Strafe verurteilt.

Düsseldorf, 13. October. [Capitän Mazorati.] Aus zuverlässiger Quelle wird der „Düss. Ztg.“ mitgetheilt, daß der durch die Alphonsisten erschossene Capitän Mazorati nicht, wie die „Germania“ fälschlich behauptet, Hauptmann in preußischen Diensten, sondern einfacher Soldat im 28. Infanterie-Regiment zu Aachen gewesen ist. Als preußischer Offizier ist er daher nicht erschossen worden, sondern wurde erst von den Carlisten zum Hauptmann befördert.

Welsburg, 13. Oct. [Bei der Ersatzwahl eines Reichstags-Abgeordneten] für den vierten Wiesbadener Wahlkreis an Stelle des verstorbenen Abg. Knapp wurde Justizrat Hill aus Limburg (Fortschrittspartei) gegen den Dekonom Tripp (ultramontan) mit großer Majorität gewählt.

Dresden, 13. Octbr. [Ein neuer Jesuit.] Einem Privatschreiber entnimmt das „Katholische Volksblatt aus Sachsen“ die „interessante“ Notiz, „daß am 1. October in das deutsche Noviziat der Jesuiten in Holland unter anderen eintrat: Bernhard Graf zu Stolberg, Enkel des Grafen Friedrich Leopold und Sohn des Grafen Bernard zu Stolberg. Geboren im Jahre 1838, trat der jüngste Jesuitennovize nach Beendigung seiner Studien auf dem Gymnasium zu Sagan in Schlesien in die österreichische Armee. Nachdem er neun Jahre hindurch ein ebenso schneller als pflichttreuer Offizier bei den Leichten-Infanterie-Regimenten gewesen, widmete er sich dem geistlichen Stande

und empfing 1868 die Priesterweihe. Seit der Zeit versah er mit größter Selbstverleugnung und Aufopferung die Stelle eines Missionspriesters zu Malmö in Schweden, wo er Kirche und Schule erbaute.“

M. Eisenach, 11. October. [Der Congres des Vereins für Socialpolitik] nahm in seiner zweiten Sitzung zunächst die Neuwahl seines Ausschusses vor. Derselbe wird für das laufende Jahr bestehen aus den Herren G. R. Hillebrand, v. Roggenbach, Prof. Nasse, Brenzano, Franz Dunder, Professor Roscher (Leipzig), Schmoller, v. Sybel, Bacmeister, Engel, Geibel, Professor Held, Hirsch, Janzon, Sombart, Diedemann, Wagner, Kalle, Knapp, Kries, Ludwig-Wolf, Neumann (Freiburg), Samter und Schulze (Mainz). Auf der heutigen Tagesordnung steht die Verhandlung über „die Reform des Lehrlingswesens“. Für diesen wichtigen Gegenstand sind drei Referenten bestellt worden: Dr. Gewerbeamersekretär Dr. Brinkmann (Hamburg), Professor Dr. Schönberg (Tübingen) und der Vorsitzende des Centralrats der deutschen Gewerbevereine, Dr. Liebau (Berlin). Alle drei legen dem Congres eine Reihe von Resolutionen vor. Die Debatten selbst werden durch Berichterstattungen über die österreichische Gewerbegebung durch Herrn Dr. v. Plener und über die schwäbische von Dr. v. Scheel eingeleitet.

Referent Dr. Brinkmann verweilt zunächst bei dem Rückgang unserer gewerblichen Leistungsfähigkeit und bei dem Verfall des Lehrlingswesens nach moralischer und gewerblicher Seite. Dieser Rückgang liegt nach seiner Meinung in dem gänzlichen Loslassen des Lehrlings vom inneren Zusammenhang des Lehrlings mit dem Gewerbe in seiner Gesamtheit, darin, daß der Lehrvertrag den ihm früher anhaftenden Charakter öffentlichen Rechts verloren hat und endlich darin, daß der Lehrling immer mehr zum „Jugendlichen Arbeiter“ wird, während der Lehrherr nicht mehr wie früher ein „Erzieher“ des Lehrlings ist. Dazu kommt die Ausdeutung der Lehrer durch die eigenen Eltern. Dieser Rückgang datire aber schon vor 1869; der zweite Grund unserer verminderten Produktionsfähigkeit liege überwiegend nicht in der Gewerbeordnung allein, sondern auch in der fortgesetzten technischen Fortbildung unserer Gewerbe. Die Thesen des Referenten befürworten in erster Reihe die Schaffung mit behördlicher Autorität ausgerüsteter Organe, der aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden sog. Hamburger Innungen, welche das Lehrlingswesen regeln und beaufsichtigen. Ferner fordert der Referent: Entscheidung der aus dem Lehr- und Arbeitsverträge entstehenden Streitigkeiten durch gewerbliche Schiedsgerichte, schriftliche Abschrift und Registrierung der Lehrer-Verträge, Einführung einer mindestens einmonatlichen Probezeit, während welcher beiden Theilein der Rücktritt vom Lehrvertrag zustehen soll, Bestraftung des Contractbruches wider den Anstifter sowohl, wie gegen den, der wissenschaftlich einen contractbrüchigen Lehrling in Arbeit nimmt, Gewährung ordentlichen Unterrichts in für Lehrlinge geeigneten Schulen (möglich mit Lectionen über die Grundlehren der Volkswirtschaft und Gewerbegeeskunde) im Uebrigen aber kein Zwang zum Besuch von Fortbildungsschulen.

Der zweite Referent Prof. Dr. Schönberg steht im Großen und Ganzen auf denselben prinzipiellen Standpunkten, kann jedoch in den sog. Hamburger Innungen nicht die geeigneten Organe für die Regelung des Lehrlingswesens erblicken. Er will auch die Bildung selbstständiger Organe für diesen Zweck, in denselben soll aber auch die Staatsgewalt einen Platz erhalten. Ebenso plädiert der Correferent für die Einführung einer Probezeit vor definitivem Abschluß der Lehrverträge, für schriftliche Abschrift und Registrierung der Lehrverträge, Bestraftung des Contractbruches gegen Thäter, Anstifter, Theilnehmer und Begünstiger und für ordentlichen Unterricht in für Lehrlinge geeigneten Schulen.

Der dritte Referent, Dr. Liebau (Berlin), welcher prinzipiell gegen die Bestraftung des Contractbruches ist, nimmt in seinem Referat und seinen Thesen gleichfalls neue Innungen zur Regelung des Lehrlingswesens in Aussicht, denkt sich jedoch die Einigungss-Amter als diese Organe. Von der Gefebegung verlangt der Correferent: Einführung einer Probezeit, schriftliche Abschrift des Lehrvertrages, Ausdeutung der Schutzbestimmungen für Kinder und jugendliche Arbeiter in den Fabriken auf die Lehrlinge, obligatorische Fortbildungs-, eben Gewerbe- und Fachschulen. Endlich verlangt der Correferent, daß der Staat durch eine den Anforderungen der modernen Industrie entsprechenden Volksschule die Grundlage für die Lehrlingsreform schaffe und durch Prämien und Stipendien, vor Allem aber durch Befreiung der noch vorhandenen Rechtsungleichheit und Förderung der genossenschaftlichen Selbsthilfe das Erfgefühl und die Streitkraft der Arbeiterjugend habe.

An diese Referate schließt sich eine sehr lebhafte umfangreiche und durch Einbringung mehrerer neuer Resolutionen illustrierte Debatte, deren Wiederabgabe im Einzelnen in einem engen Rahmen nicht möglich erscheint. An der Diskussion, in welcher mehrheitlich Zweifel gegen die Zweckmäßigkeit der Hamburger Innungen laut wurden und auch das Verhältnis der Fortbildungsschule zur Volksschule und zur Fachschule einer eingehenden Kritik unterzogen wurde, beteiligten sich in hervorragender Weise die Herren Teltsch (Berlin), Dr. Bücher (Frankfurt), Roth (Chemnitz), Bluhme (Baden), Dr. Schulze (Mainz), Dr. Gensel (Leipzig), Prof. Schmoller, Joachim-Gehlsen (Berlin), O. Betsch (Berlin), Nelle (Langenburg) u. r.

Herr Teltsch (speziell) fordert in einer selbständigen Resolution die obligatorische Schließung schriftlicher und registrierter Lehrverträge, obligatorische Einführung gewerblicher Schiedsgerichte und Ausstellung von Lehrzeugnissen (Lehrbriefen) nach Beendigung der Lehrzeit.

Dr. Bücher will in einer Reihe von Thesen besonders die Unterrichtsanstalten zur Ausbildung und Fortbildung der Lehrlinge betont wissen und verlangt gleichzeitig die Errichtung von Lehrlingsklassen und Lehrlings-Unterstützungen.

Herr Joachim-Gehlsen endlich schlägt eine motivierte Erklärung des Congresses dahin vor: „Das Princip des laisser faire auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens muß aufgegeben werden und neue Gewerbe sind für das ganze Gebiet der nationalen Produktion nach gesetzlichen Normen zwangsweise einzuführen.“

Der Gang der Debatte wird durch die vielen Specialanträge ein so kompliziert, daß der Congres um 4 Uhr eine Vertagung auf 7 Uhr eintriefen ließ, um in einer Abendstunde ohne Überstürzung die wichtigste Frage zu erledigen. In derselben wurde denn schließlich folgende Resolution als Ausdruck der Majoritätsmeinung angenommen:

Um eine den Interessen der Lehrlinge, der gewerblichen Production und der Volkswirtschaft entsprechende Ausbildung der Lehrlinge herbeizuführen, ist eine Reform des Lehrlingswesens notwendig. Insbesondere bedarf es 1) der Einrichtung besonderer obrigkeitlicher Organe, welche, zusammengefaßt aus den Vertretern der Staatsgewalt, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, das Lehrlingswesen regeln und beaufsichtigen und Streitigkeiten in Bezug auf die Verhältnisse der Lehrlinge entscheiden, 2) der gesetzlichen Einführung einer mindestens einmaligen Probezeit vor Rechts Gültigkeit der geschlossenen Lehrverträge, während welcher dem Lehrling wie dem Lehrer der Rücktritt vom Lehrvertrag frei steht; 3) der obligatorischen schriftlichen Abschrift und Registrierung der Lehrverträge; 4) der Einführung von Strafen bei widerrechtlichem Lehrvertragsbruch gegen Thäter, Anstifter, Theilnehmer und Begünstiger, insbesondere auch gegen Denenjenigen, welcher einen Lehrling, wissend, daß er entlaufen ist, in Lehre oder Arbeit nimmt oder bebt; 5) des ordentlichen Unterrichts in für Lehrlinge geeigneten Schulen; 6) des Verbots, Arbeiter unter 18 Jahren zu einer regelmäßigen Beschäftigung im Gewerbe oder Fabrikbetrieb anzunehmen, wenn dieselben nicht mit einem in Gemäßheit des § 131 der Gewerbeordnung ausgestellten und eingerichteten Arbeitsbuche versehen sind; 7) nach Beendigung der Lehrzeit der Ausfertigung eines Lehrzeugnisses (Lehrbriefes), in welchem das Lehrling die Fähigkeit, als Geselle zu arbeiten, bezeugt und beg

bildungsschulwesens in seiner Verbindung mit dem Volksschulwesen, des Zwanges zum Besuch der Fortbildungsschulen, der Einrichtung von gewerblichen Fachschulen und Lehrwerksstätten dem Ausschuß zur gutachtlischen Vorbereitung und Beratung auf dem nächsten ordentlichen Congress überweisen. Damit schloß der zweite Verhandlungstag m 9½ Uhr Abends.

München, 13. October. [Aus dem Club der bayerischen Fortschrittspartei] wird bekannt, daß die Führerschaft von Marquardsen an Stauffenberg übergegangen ist. Es ist bemerkt worden, daß in dem Adress-Ausschuß von dieser Seite nur entschiedene National-Liberale gewählt worden sind; die früheren Großdeutschen, wenn auch von noch so gutem Klange, wie Hohenadel, Schöhr, Stenglein, blieben unberücksichtigt.

München, 13. October. [Amnestie.] Einige klerikale Blätter sehen jetzt, wo sie durch die zwei Stimmen-Mehrheit in der Kammer tatsächlich regieren zu können glauben, eine Agitation für Erlaß einer Amnestie ins Werk. Diese Amnestie soll sich auf Rebacteure und Geistliche erstrecken, die in Haft sind, weil sie die gegenwärtigen Zustände angreifen.

Stuttgart, 12. October. [Staatsrat Goppelt,] Großhändler in Heilbronn, im März 1848 Finanzminister und Mitglied des ersten deutschen Reichstages, ist heute gestorben.

D e s t r o i c h .

Wien, 13. Octbr. [Albrechtsbahn.] Einer Mittheilung der „Presse“ zufolge wird die auf den 25. d. M. anberaumt gewesene Generalversammlung der Actionäre der Albrechtsbahn-Gesellschaft, welche den Verkauf der Bahn an die Regierung genehmigen sollte, vertagt werden, weil nicht die genügende Anzahl von Actien deponirt ist. Die Generalversammlung wird erst am 10. November stattfinden und soll dann ohne Rücksicht auf die Anzahl der deponirten Actien beschlußfähig sein.

S ch w e i z .

Bern, 7. October. [Zum schweizerisch-italienischen Handelsvertrag] schreibt man der „A. Z.“: Wie man heute von gut-unterrichteter Seite versichert, soll die Schweiz in der That wenig Ursache zur Zufriedenheit mit dem revidirten schweizerisch-italienischen Handelsvertrag haben. Zedenhans ist es nicht richtig, daß, wie fürzlich in italienischen Blättern behauptet wurde, italienischerseits bei keinem Artikel über 10 Prozent Zoll verlangt werden würde, somit von Schutzoll keine Rede sein könne; ja, wie man der „N. Z. Ztg.“ schreibt, hat man für rohe Garne sogar 25, 52, 120 und mehr Prozent verlangt, und für rohe Baumwolltücher 14, 30, 50 bis 90 Prozent, was allerdings dem Schutzoll gleich wie ein Gi dem andern. Ob und wie viel davon Seitens der Schweiz heruntergehandelt worden ist, verlautet zwar noch nicht; indessen muß es nicht viel sein, da der Chef des eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, Bundesrat Näff, geäußert haben soll: die Revision könne hierzu unmöglich angenommen werden, zumal da der gegenwärtige Vertrag erst mit Ende Juni 1877 ablaufe.

Bern, 9. October. [Zum Göschener Tumult.] Näherem Vernehmen nach gibt der Bericht des eidgenössischen Commissars, Herrn Ständeraths Hold, an den Bundesrat über den Göschener Arbeiterkrawall als eigenlichen inneren Grund desselben den Concurrenz-Netz der dortigen Krämer und Speculanen an, welche gegenüber den Favre'schen Depos nicht hätten aufkommen können; der Nachweis anderer Gründe sei schwer zu leisten. Auch sei der Vor-gang einer Arbeitseinstellung im Sinne der „Internationalen“ nicht gewesen. Diese versorgten bei derartigen Bewegungen stets von vorn herein einen bestimmten Zweck; hier aber seien die verschiedenen Begehren, wie Lohn erhöhung, kürzere Arbeitszeit, bessere Luftventilation, erst erhoben worden, als die Arbeitseinstellung im Gange.

Die Lohnverhältnisse seien immer ungünstiger: der Tagelöhner erhalte täglich Frs. 3½, der Maurer Frs. 4–5 und die Arbeiter an den Maschinen im Hintergrunde des Tunnels Frs. 8–10. Was die Luftventilation betreife, so lasse dieselbe allerdings Manches zu wünschen übrig; indessen sei dieselbe so gut als unter Umständen möglich. Schrecklich dagegen seien die Wohnungsverhältnisse. In Kammern, die kaum für 4–5 Personen Raum bieten, seien oft 20–30 zusammengepfercht; vom Machen der Betten sei keine Rede; eine Schicht Arbeiter folge, um der Ruhe zu pflegen, der anderen. Dabei ein pestilenzartiger Geruch ihrer Kleidungsstücke, herrührend von den Dynamitexplosionen. Hier müsse unter allen Umständen Abhilfe getroffen werden, wenn man Krankheiten und Seuchen vermeiden wolle. Auch gegen die Maßregeln zur Unterdrückung des Krawalls könne man der Berner Regierung kaum einen Vorwurf machen. Erst als die aufgebotene Mannschaft durch Steinwürfe verwundet worden sei, habe man auf die Arbeiter geschossen; vorher seien die Gewehre nur in die Luft abgefeuert worden. Die Getroffenen seien übrigens auch gerade die Hauptträger gewesen. Wie es heißt, soll der Bericht des Herrn Ständeraths Hold gedruckt werden. Der Bundesrat seinerseits hat auf die gemachten Mithteilungen die Urner Regierung sofort eingeladen, Maßregeln zur Führung eines Fremdenregisters zu treffen und die Polizei in Göschene überhaupt auf einen besseren Fuß zu stellen. Vor Alem soll sie dort einen stehenden Special-Polizeicommissar-Posten errichten.

[Von der Westbahn.] Zwischen den Vertretern der Schweizerischen Westbahngesellschaft und den Vertretern des Genfer Bank-Consortiums ist es wirklich zu einem Vertragsabschluß gekommen. Nach demselben wird die erste eine Anleihe von 20 Millionen aufnehmen, zu 5 Prozent verzinsbar und rückzahlbar am 31. December 1891, und letzteres die Anleihe zum Cours von Frs. 800 fest übernehmen. Von dem Gewinn, welcher von dem Verkauf der Obligationen von jetzt bis zum 31. December 1878 gelöst wird, kommt die Hälfte der Schweizerischen Westbahngesellschaft zu Gute. Das Genfer Bank-Consortium ist ausschließlich mit dem Verkaufe der Obligationen beauftragt. Wie man versichert, wird dieser Vertrag, wenn auch mit einigen Modifikationen, von der Generalversammlung rechtskräftig werden.

F r a n k r e i c h .

* Paris, 11. Octbr. [Zur türkischen Finanzoperation.] Der „Moniteur“ bringt folgende offizielle Mittheilung:

„Die französische Regierung ist sicherlich eben so peinlich wie das Publikum von dem so radikalen System berührt worden, welches die Pforte auf ihr Budget in Anwendung brachte. Die Zeitungen haben daher Recht, wenn sie ankündigen, daß die Regierung bereit ist, ihr Möglichstes zu thun, um den Trägern der türkischen Anleihe zu Hilfe zu kommen, und daß ihr guter Wille in dieser Hinsicht klar darlegt. Aber die Frage der Actionsmittel wirft sich sofort auf. Wenn einerseits die Pforte den in Rede stehenden Beschluß außerhalb aller Convenienzen und aller Prädilectionen fasse, so ist es andererseits unbestreitbar, daß der französische Geldmarkt, indem er die türkische Rente gewöhnlich ungefähr 35 und selten höher als 40 Fr. notirte, ihr kein außerordentliches Vertrauen beigegebt. Es ist außer Zweifel, daß die Träger der türkischen Rente, welche während 10 oder 12 Jahren 12 bis 15 p.C. für ihr Capital erhalten, die Zeit hatten, ihr Capital zu reconstituirn und selbst einige Vortheile aus demselben zu ziehen. Endlich geben in einem gewissen Maße die Regierungen von Österreich und Italien das Beispiel ähnlicher, wenn auch nicht so ernster Reductionen, indem sie die Inhaber ihrer Renten mit Steuern und Taxen beladen, welche gegen die Verpflichtungen waren, die der Ausgabe ihrer Anleihen vorausgingen, was in der Praxis einer gezwungenen Conversion gleichstand, obgleich der Nachteil unendlich geringer war als der, welchen die neue türkische Conversion ihren Gläubigern verursacht. Diese Thatsachen und Betrachtungen müssen jedenfalls geltend gemacht werden, um das Auftreten der türkischen Regierung zu beurtheilen, und müssen einen gewissen Einfluß auf die diplomatischen Schritte ausüben, welche dem französischen Cabinet von im Ganzen genommen sehr beträchtlichen Interessen angerathen werden. Unserer Ansicht nach gibt es aber einen Punkt, auf welchen die Beschwerden des Publikums ein solides Terrain haben, nämlich den der Hypothesen. Als die türkische Regierung ihre Anleihen ausgab, versicherte sie nicht, zu sagen, daß der Dienst derselben durch diese oder jene Hilfesquellen der ständigen Einkünfte des Staates gesichert sei, und es

scheint, daß es ihr gelang, zu beweisen, daß diese Einkünfte hinreichend seien, um die Rechte und das Gutheben der Gläubiger zu sichern. Es sind diese Bürden, welche in einer großen Anzahl von Fällen das Zulassen zur offiziellen Notirung der türkischen Wertpapiere bestimmten. Was wird nun aus diesen Verpflichtungen, was wird aus den Hypothesen nach den Beschlüssen des Grovesziers der letzten Woche werden? Dieses aufzusuchen, hat die französische Regierung gemäßlich das Recht und die Pflicht, und wir haben die Hoffnung, daß sie nicht versehle, dieses zu thun.“

[Das Programm der Radicalen. — Die Wahl Engelhardt's.] Man schreibt der „A. Z.“: Aus den vielen Reden, welche die Führer der Radicalen in der letzten Zeit gehalten haben, kann man ihr Programm nebst Motiven entnehmen. Namenslich bei Naquet tritt dasselbe schroff hervor. Es umfaßt die Hauptpunkte des alten Programms der Universalen unter dem Kaiserreich, Listenscrutinium, Wahl der Bürgermeister durch die Gemeinden, praktischen Zugang der Demokratie zu den Staatsämtern, unentgeltlichen Volksunterricht, dazu sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes u. s. w. und in letzter Linie Abhebung Gambetta's.

„Als Gambetta“, sagt Naquet, „1868 die Führerschaft der Radicalen übernahm, da ließ Paris einen alten verdienten Vertreter fallen und siedte ihn in die Kammer, nicht um ein einzelnes Talent an seinem Platz zu bringen, sondern um demonstrativ zu zeigen, daß es mit dem Kaiserreich gebrochen habe, daß es seinen Vertretern die Universalität als Mandat mit auf den Weg gebe. Gambetta hat sich jetzt auf den Weg der Zugeständnisse begaben; die Politik hat bis heute nur dazu geführt, den Staat in die Hände der Orleanisten zu bringen; er wird, wenn es so fortgeht, dem Orleansmuth zum wahren endlichen Siege verhelfen. Darum bedarf die Demokratie der Constitutionierung einer Partei, welche alle Concessions ablehnt, welche mit dem Orleansmuth in seinem Punkte gemeinschaftliche Sache macht, und wenn dem künftigen Abgeordneten heuer frisches Blut und ausreichende Widerstandskraft eingegangen werden soll, muß die Leitung der kommenden Wahlen in andere Hände gelegt werden, als bisher.“

Nach den Berichten einzelner Abgeordneten, die schon aus dem Süden zurückgekommen sind, fehlt es dort diesem Programme nicht an Anhängern, und als der Marshall in Toulouse war, soll er die selbe Wahrnehmung gemacht haben. Die Intransigenten sind also im Begriff, eine wirkliche Partei zu bilden. Sollten sie es zu einer mäßigen Stärke bringen, so wäre das kein Schade; die Gambettisten würden dadurch nach dem linken Centrum hinübergedrängt, was der Republik nur nützlich sein könnte. Sollten sie aber den ganzen Radicalismus absorbiren, so würde das doch bedenklich aussehen. Bei der gestrigen Stadtrathswahl haben sie, wie das hier in Paris schon länger üblich ist, die Führung übernommen und ihren Candidaten ohne Einspruch durchgesetzt. Dabei diente die Opposition gegen den Clericalismus zum ersten Male ausdrücklich als Vereinigungspunkt der sämtlichen republikanischen Parteien; L. Blanc hob in seiner Rede wiederholt hervor, der Candidat, Herr Engelhardt, sei vor allen Dingen anti-clerical, Gegner des geistlichen Unterrichts. Da die Wahl im Quarier der Sorbonne stattfand, hat ihr Resultat unter diesen Umständen ein besonderes Interesse. Die Unhänger des Clerus stimmten mit leeren Zetteln, deren Zahl belief sich auf 534 unter 3168 Stimmen. In den radicalen Blättern sind heute die unvermeidlichen Triumphgesänge zu lesen. Die Stellung der gemäßigten Linken zu den Intransigenten ist durch eine Rede markirt, welche Jules Simon vorgestern in Cete gehalten hat. Er will vor allen Dingen die Aufrechterhaltung der Allianz unter den drei Gruppen der Linken; als gemeinschaftliche Hauptziele stellt er hin: Listenscrutinium, Wahl der Maires durch die Gemeinden, Regierung im Sinne der Verfassung. Der gemäßigte „Tempo“ zollt ihm heute vollen Beifall; die „Debats“ dagegen werden bedenklich und wollen sich weder für das Listenscrutinium noch für die Bürgermeisterwahl fest verpflichten; ein erstes Symptom der Transactionslust und vielleicht auch der beginnenden Furcht vor den Intransigenten. Klar ist, daß diese um so stärker werden müssen, je länger die Ablösung hinausgeschoben wird und je länger die „Politik des Kampfes“ dauert.

[Deutschs General-Consulat.] „Patrie“ will wissen, die deutsche Regierung denke daran, in Paris das General-Consulat wieder herzustellen, wie es vor den Ereignissen von 1870 bestand.

[Die Schrift der Fanny Lear] ging so reißend ab, daß am Sonnabend in einer einzigen Boulevard-Buchhandlung über 300 Personen dieselbe verlangten, wie der „Figaro“ schreibt. Und nun behauptet man noch, die Pariser wären ein theistnahmloses Volk geworden!

Paris, 11. October. [Die Intransigenten und die Gambetta-Partei. — Die Rede Jules Simon's. — Ein Brief Gambetta's. — Ducros. — Buffet. — Finanzielles.] Trotz der Heftigkeit, welche A. Naquet in seiner letzten Rede zu Luis fundgegeben, scheint sich doch neuerdings eine Art Versöhnung zwischen den radicalen Intransigenten und der Gambetta-Partei anzubahnen. Man hat bemerkt, daß J. Simon in Cete, obgleich er die intransigente Doctrin bekämpft, doch die abtrünnig gewordenen Mitglieder der republikanischen Partei mit großer Schönung behandelte. Zur Versöhnung redete dieser Tage auch der algerische Deputirte Jaques in Clemens, und bei jener Versammlung in Luis selber, wo Naquet den Gambettisten den Handschuh hinwarf, fand später, wie man nachträglich erfährt, ein freundlicherer Meinungsaustausch zwischen Madier de Montjau und dem Verfassungspatrioten Dréo statt. Es läßt sich annehmen, daß in den bevorstehenden Sessien die Spaltung innerhalb der Linken kaum zu Tage treten wird und daß der eigentliche Conflict erst bei den Wahlen austrebren wird. Wenn man nach der Sprache der Provinzialpresse urtheilen darf, haben übrigens Naquet und Montjau ungeachtet ihrer gewaltigen Anstrengungen noch wenig Fortschritte gemacht. Die Rede J. Simon's ist von den Blättern des rechten Centrums nicht günstig aufgenommen worden. Der „Moniteur“, welcher die constitutionelle Gruppe Lavergne vertilgt, hält das von J. Simon für die Winter-Session aufgestellte Programm für unannehmbar. In der Aufhebung des Belagerungszustandes steht es „die zügellose Entfesselung der revolutionären Propaganda“, in der Abschaffung des Bürgermeistergesetzes „die Abdankung der Regierung in die Hände der localen Demagogie“, und endlich in der Beibehaltung des Listenscrutiniums „die Consécration des allgemeinen Stimmrechts durch die Verbindung der extremen Parteien.“ Woraus der „Moniteur“ schließt, daß die Republik J. Simon's nicht die conservative Republik, oder die „liebenswürdige Republik“, welche J. Simon verspricht, sein würde. — Zu den Reden und Briefen, mit welchen wir alltäglich überschwemmt werden, kommt heute auch ein Brief Gambetta's, den der „Progrès du Var“ veröffentlicht. Gambetta spricht darin sehr zuversichtlich von der Zukunft und sagt: „Wenn wir bis zum Schlusse bei unserer Mäßigung verharren, welche keineswegs die Festeigheit ausschließt, so wird eine starke republikanische Regierung-Majorität aus den Wahlurnen hervorgehen, und der Rest wird uns obendrein gegeben werden. — Der seit längerer Zeit verklundete Präfektenschub soll in der Mitte dieser Woche von Statthen gehen. Mehrere Blätter, darunter halb-offiziöse, behaupten nun doch wieder, daß Ducros von Lyon abberufen werde, und daß der Präfekt von Versailles, Herr Limbourg, zu seinem Nachfolger bestimmt sei. Wohin Ducros geschickt werden soll, wird nicht gesagt; sein Schützling Coco wird aus der Polizei in die Donauverwaltung versetzt. — Buffet kommt heute Abend nach Paris zurück und wird nur bis zum Schlusse der Ferien hier bleiben. Der russische und der englische Secretär, Fürst Orloff und Lord Lyons, haben sich wieder auf ihrem Posten eingefunden. — Es steht jetzt, daß in

Sachen der türkischen Finanzkatastrophe die hiesige Regierung nichts unternehmen wird, es sei denn, daß sie von den anderen Cabinetten zu einem Gesamtverschluß aufgefordert werde. Der Duc Decazes hat im Gespräch mit einem Diplomaten erklärt, daß Frankreich in dieser Angelegenheit so wenig wie in der Angelegenheit des Herzogswina-Aufstandes zu einem isolirten Vor gehen eine Veranlassung finde.

S p a n i e n .

San Sebastian, 6. October. [Ueber die neuesten Vorfälle auf dem Kriegsschauplatz] schreibt man der „N. Pr. Ztg.“: Zur See und zu Lande ist die Passage nach Sebastian, wo ich mich zur Zeit befindet, gesperrt. Hier und da unternimmt es allenfalls ein wagehalter Baste für gutes Geld, einem Caballero das Geleit zur Grenze zu geben. Und auf diese Weise hoffe ich auch, aus San Sebastian zu kommen. — Was die kriegerische Lage dieser Stadt zur Zeit betrifft, so ist von vornherein zu bemerken, daß die Depechen aus Madrid zum größten Theile nur den Zweck haben, die Welt zu täuschen und die Wahrheit zu verdecken. — Nach dem Rückzuge Dorregarays aus Catalonia war die carlistische Sache derartig erschüttert, daß man kaum noch auf einen Aufschwung rechnen durfte. Allein die glückliche Ankunft Dorregarays mit den Trümmern seiner Armee in Durango belebte die Hoffnung von Neuem, und das glückliche Gefecht bei Santiago deutet das Ueburge, um das alte Vertrauen der carlistischen Soldaten zu ihren Führern wieder herzustellen. Die Nutzlosigkeit größerer Operationen jezt, da die carlistischen Truppen einer Reorganisation entgegengehen, lag auf der Hand, und so entzog man sich zur energischen Beschiebung San Sebastians. Nach dem Scheiden des Generals Blanco wurde der Oberbefehl über die Regierungstruppen dem General Trillo übergeben; sein erstes Aufstreben hatte die unglückliche Affäre bei Santiago deutet, die trocken aller Widerreden der Madrider Presse eine Niederlage für die Regierungstruppen blieb. Es fand nun die Vorbereitung aller carlistischen Batterien an San Sebastian statt, und die gegenwärtige Beschiebung begann. Die Stadt hat in ihrer Umgebung 22 Forts, die das Gebiet landeinwärts völlig beherrschen und die, richtig verwendet, die Carlisten verhindern würden, ihre Geschosse bis in die Stadt zu werfen. Die carlistischen Artillerie-Offiziere sind von dieser Lage unterrichtet, und nur ihre genaue Orientierung ermöglicht es ihnen, dennoch ihren Zweck zu verfolgen, und zwar lediglich durch eine nächtliche Beschiebung der Stadt. Nicht mehr als 18 Geschütze kleinen Kalibers werden mit Eintreten der Dunkelheit bald hier, bald dort placirt und eröffnen ihr Feuer auf das Innere der Stadt. Kirchen und bemerkenswerthe Gebäude, der Strand und die große Promenade sind die Zielsobjekte. Mehrere hundert Geschosse in der Nacht überschütten die Stadt, und große Dyser sind bereits jetzt zu klagen. Aus diesem Grunde auch ging die „Orfamme“, das französische Kanonenboot in den spanischen Gewässern mit den Einwohnern San Sebastians französischer Nationalität für Sofoa in See; eine Madrider Depeche, welche meldete, daß dieses Schiff untergegangen sei, ist falsch, denn noch gestern kehrte das Fahrzeug aus Frankreich zurück und ging im Hafen von Los Palages vor Anker. Der Courier-Dampfer ist schon über eine Woche ausgeblichen; Zeitungen, Nachrichten fehlen, namentlich das Ausbleiben der Vichtualien kann entscheidend für die Zukunft der Stadt werden, denn es ist geradezu unmöglich, daß über Land, über den gefährlichen Paß des Iguazubel, hinreichende Provision den Einwohnern zugeführt werde. — Mit den französischen Bewohnern ist auch der Consul der französischen Republik abgereist, und der Viceconsul verwaltet zur Zeit die Geschäfte des Consulats. Dieser Beamte ist, wie es heißt, ein blinder Anhänger des Marquis Nadaillac und den Vorschriften des Präfekten durchaus ergeben. Ist das, was man von dem letzteren erzählt, wahr, so ist die Redensart, der Präfect der basses pyrénées sei der erste Beamte des Don Carlos, nicht falsch. Am Sonnabend nämlich ist der Marquis in San Sebastian gewesen, und unterrichtete Leute wollen wissen, daß die Unterredung, die er mit dem Viceconsul hatte, den Zweck gehabt habe, das französische Gouvernement mit Berichten zu versorgen, die die carlistischen Küstenbatterien bei Bermea auf das englische Kriegsschiff „Lycelle“ geschossen hätten; diese Nachricht bestätigt sich, und die Verantwortung für das Geschehene trifft indirect das spanische Geschwader. Der neue Admiral hat nämlich eine ganz eigenhümliche Kriegslist eingeführt. Um sich den Küsten unbehindert nähern zu können, ließ er in der letzten Zeit die Flagge irgend einer anderen Nation aufzifixieren, während die spanischen Farben entgezogen wurden. Nachdem die Carlisten sich von diesem merkwürdigen Überlistungsversuch überzeugt hatten, machten sie es sich zum Prinzip, auf jedes Fahrzeug zu schließen, und so hat auch der „Lycelle“ seinen Theil erhalten. Bis jetzt ist nichts darüber bekannt geworden, ob Verluste an Bord des englischen Schiffes zu beklagen sind; nur weiß man, daß der Capitän das Feuer nicht erwiderte, sondern seewärts steuern ließ.

N u g a n d .

E. St. Petersburg, 9. October. [Die türkischen Reformen und die Garantien der Großmächte.] Daß das „Journal de St. Petersburg“ den Trath des Sultans mit Sympathie aufgenommen hat, kann nicht überraschen, hatte das offizielle Organ das bevorstehende Erscheinen dieses Reformerlasses doch schon im Voraus als das Resultat der gemeinsamen Bestrebungen des türkischen Großvaters und der europäischen Mächte bezeichnet. Die letzteren sind also mit diesen Zugeständnissen für die christlichen Unterthanen der Pforte zufrieden. Sie haben nur noch den Wunsch, daß diese Reformen consequent und weise ausgeführt würden, die Rathgeber des Herrschers und ihre Untergaben sich mit den Intentionen zu erfüllen verstehen möchten, welche den Sultan unter den obwaltenden Umständen geleitet haben.“ Wenn sich dieser Wunsch erfüllt, so wird nach der Meinung des Journal „ein großer Schritt zur Verbesserung des Loses der Bevölkerung im ottomanischen Reiche gehabt sein.“ Freilich sieht auch das offizielle Organ voraus, daß die so oft gefälschte Bevölkerung diesen Concessions anfangs nicht mit Jubel, vielmehr mit Misstrauen begegnen wird. Aber die Pforte darf sich ebenso wie „durch den bösen Willen derer, bei denen jede Veränderung die Gewohnheit stört, durch die Opposition derer entmuthigen lassen, bei denen eine Reform nur Werth hat, wenn sie die höchste Vollkommenheit erreicht, das Ideal, das sie selbst im Auge gehabt haben.“ Für weitergehende Forderungen der Insurgenter dürften also die Mächte sich schwerlich noch erwärmen. Schließlich gibt das Journal dem Sultan in wohl verständlichen Umschreibungen den Rat, sich die guten Dienste eines Mannes, wie Mahmud Pascha, dauernd zu bewahren; die Mächte erblicken milhia in dem gegenwärtigen Großvater eine genügende Garantie für die ernste Durchführung der Reformen. Der „Golos“, der nachgerade in der vorliegenden Frage des Aufstandes für die unabhängige öffentliche Meinung Russlands ionangebend geworden, ist mit der Genugsamkeit der Mächte durchaus nicht zufrieden.

Vor Allem erachtet er mindestens eine allgemeine Amnestie für die Außländischen als unerlässliche Vorbedingung für eine gute Wirkung des Zugehörigkeitsvertrages. Habe ja doch das Erscheinen des Erlasses selbst die Berechtigung der Klagen anerkannt, mit denen die Außländischen zu den Waffen gezwungen haben; die Amnestie wäre also nur eine logische Consequenz des Erlasses. Ferner erachtet der „Golo“ den guten Willen des Sultans und die Aufrichtigkeit des jüngsten Großvaters, an die auch er glaubt, nicht für eine genügende Garantie; die europäischen Mächte ihrerseits müssten die Garantie übernehmen. Haben sie es ja doch selbst offen ausgesprochen, daß sie die Pforte bei dem besten Willen für ohnmächtig halten, denselben durchzuführen, indem sie die besondere Gerichtsbarkeit für ihre in der Türkei lebenden Untertanen aufrecht erhalten. Und in einer solchen Garantie, in einer derartigen diplomatischen Intervention Seitens der Mächte könnte auch die Pforte nichts Beleidigendes erblicken; wenn sie wirklich die Verbesserung der Lage der Rajah's wolle, so könne sie in dieser Intervention nur eine Unterstützung, ein Surrogat für die erforderliche Macht finden, die sie nicht besitzt. „Die Garantie der Großen Mächte ist eine Notwendigkeit bis zu dem Augenblick, wo diese Mächte den einzigen Weg zu einer tatsächlichen Verbesserung des Loses der Christen betreten. Und dieser Weg ist — die allmäßige Entwicklung halb selbstständiger Staaten auf der Balkan-Halbinsel — ähnlich Serbien und Rumänien. Man sieht, die drei Ostmächte halten die Zeit für ein solches Programm noch nicht gekommen. Begnüge man sich vorläufig mit Reformerlossen Seitens der Pforte, so müßte deren Ausführung mindestens durch die europäischen Mächte ernstlich gesichert werden. Wölle man durchaus nur den lieben Frieden erhalten, so schreibe man ihn auch wörtlich; man führe nicht ein Gebäude auf, „das alsbald doch wieder einstürzt und aus dessen Ruinen sich doch die Schlange der orientalischen Frage hervorwinden wird. Und dann wird es einen endlosen Krieg geben . . .“

Provinzial - Zeitung.

* * Breslau, 14. Octbr. [Zur Verwaltung der Diözese Breslau.] Auch die geheime Kanzlei des Fürstbischofs ist, wie die „Schles. Zeit.“ meldet, aufgelöst worden. Dem Clerus ist durch Rundschreiben die Mitteilung zugegangen, daß der Verkehr mit der geistlichen Centralbehörde nunmehr aufgehoben sei. — Die römische „Volks-Ztg.“ meldet, daß nachdem am 8. October der Herr Fürstbischof sich mit dem Herrn Generalvikar Neukirch, dem Dompropst Peschke, dem Consistorialrath Dittrich und dem Professor Lämmer berathen hat, auch nur in der in der Paderborner Diözese geschehenen beschränkten Weise eine Eides-Einbindung und eine Tolerierung einer etwaigen Neuauflistung unter dem staatlichen Bischofsumverwalter beschlossen ist.

— d. Breslau, 13. Octbr. [Breslauer Gewerbeverein.] Die erste Versammlung in diesem Winter-Semester eröffnete gestern Abend im Versammlungs-Local der alten Börse Stadtrath Höpfl mit der Mitteilung, daß für Metallarbeiter ein neues Organ, „Der Metallarbeiter“ von Carl Bataly (Wien), gegründet worden ist, welches jeden Donnerstag erscheinen soll. — Oberlehrer Dr. Fiedler theilt mit, daß der Vorstand sich in den nächsten Tagen über einen Vereinsbesuch in Kobernitz zur Besichtigung der dortigen Zuckfabrik schließen wird. — Der Kunstgewerbeverein zu München wird zu seiner Jubiläumsfeier in den Räumen des königl. Glasspalastes in München vom 15. Juni bis 15. October 1876 eine Ausstellung von Kunst- und Kunstgewerblichen Erzeugnissen alter und neuer deutscher Meister veranstalten. Das ausführliche Programm ist bereits in Nr. 18 des „Bresl. Gewerbeblattes“ abgedruckt. — Redner gibt ferner ein Referat über eine interessante Schrift: „Über den Feingehalt von Gold- und Silberwaren“, von D. v. Studnič (einem früheren Schüler der hiesigen Realschule zum heiligen Geist), in welcher Verfaßer zu dem Schluß kommt, daß geistige Vorrichtungen über den Feingehalt von Gold- und Silberwaren das Publikum vor Betrug nicht schützen und — auch in ihren mildesten Formen — die Fabrication hemmen; sie sind daher verwerthlich. Redner theilt ferner mit, daß in Shanghai (China) eine Weltausstellung stattfinden soll, zu welchem Zwecke der Plakat bereits angekauft ist, und die Kosten zum größten Theil aufgebracht sind. In London hat sich auch schon ein Comite gebildet, welches zur Theilnahme und zum Besuch dieser Ausstellung aufgerufen. Man will in England die dargebotene günstige Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, um sich mit einer Gegend des Orients in nähere Geschäftszweckbindung zu setzen, welche ein Absatzgebiet von außerordentlicher Bedeutung zu werden verspricht. — Eine weitere Mitteilung des Herrn Dr. Fiedler betrifft die Rückkehr ihres Apparates zur Leuchtgasbereitung, welche sich bedeutend billiger (bei einer Leuchtstoff von 10 Kerzen 0,75 Pf. pro Flamme und Stunde) stellen soll, als aus Steinkohlen. — Die diesjährige Prüfung der Schüler der hiesigen Sonnagschule für Handwerkslehrlinge wird, wie Redner ferner mitteilt, Sonntag, den 17. October, Vormittags 11 Uhr, in der Realsschule zum heiligen Geist stattfinden. — Auf die hohe Bedeutung der gewerblichen Zeichenschule, welche in diesen Tagen ihr Winter-Semester eröffnet, macht Redner die Anwesenden wiederholts aufmerksam. — Herr Dr. Gras führt demnächst an, daß nach Einführung des Markenschutz-Gesetzes ungefähr von 500 Firmen circa 1500 Marken angemeldet worden sind. Zum Markenschutz solle nun auch ein Musterzubr. Gesetz treten. Gegen letzteres Gesetz habe das „Bremer Handelsblatt“ in einem Artikel remonstriert. Er (Redner) halte jedoch ein derartiges Gesetz für geboten und nützlich. Nach Einführung eines solchen Gesetzes würden sich auch unsere größeren Künstler wieder herbeileiten, Muster auch für alltägliche Gegenstände zu zeichnen und dadurch einen neuen künstlerischen Geist und Geschmack in deutlichen Volle zu wenden. Mögen dann immerhin die Proklamationen französischen Tüpfen wegfallen. Wie beim Markenschutz, so sei auch bei Einführung des Musterzubr. Gesetzes eine übergroße Zahl von Anmeldungen nicht zu befürchten.

* Breslau, 13. October. [Rechte-Oder-Ufer-Bezirks-Verein.] Die am gestrigen Abend abgehaltene Sitzung genannten Vereins wurde um 8 Uhr durch den Vorsitzenden, Herrn Telegraphen-Inspector Neumann, eröffnet. Nach Verlezung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung macht der Vorsitzende folgende Mitteilungen: 1) der Verein hat den Zoo zweier Mitglieder, der Herren Professor Rückert und Uthmacher Scholz, zu belagern und fordert die Anwesenden auf, sich zum ehrenden Angebenen von den Blähen zu erheben; 2) die Angelegenheit betrifft der nach dem Walden zu legenden Stufen ist dem Magistrat durch das Polizei-Präsidium zur Berichtigung empfohlen worden; 3) eine Anfrage aus Kattowitz (wo man einen Bezirks-Verein zu gründen beabsichtigt) wurde durch Zusendung der Statuten beantwortet; 4) ein Gesuch an den Herren Stadtverordneten-Vorsteher um Zusendung der Drucksachen der Stadtverordneten-Versammlung wurde sofortige Gewährung. — In Bezug auf die nächste Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung wird bemerkt, daß zwei Punkte derselben, die Errichtung der Gas-Anstalt und der Bau neuer Schulhäuser das Oder-Thor nahe berühren; es wird beschlossen, behufs Berichterstattung in der nächsten Vereins-Sitzung 2 Mitglieder zum Beirat der betreffenden Stadtverordneten-Versammlung zu deputieren, und übernehmen dies die Herren Landberg und Nowak. — Zum nächsten Punkt der Tages-Ordnung, die Pferde-Eisenbahn, übergehend, theilt der Vorsitzende mit, daß sich 18 Unternehmern gefunden haben, welche sich die Submissions-Bedingungen einsehen ließen; von diesen ist nun die Firma Büsing in Berlin näher darauf eingegangen und proponierte der Stadt nach Abzug von 5 Prozenten vom dem weiteren Überbruch einen Anteil von 33 1/3 %. Die Projekte selbst anlangen, so ergibt eine Vergleichung des älteren der selben mit dem durch den Magistrat umgearbeiteten neuern den Wegfall der Verbindung der Oder, mit der Sand-Vorstadt und der Tracen nach der inneren Stadt; welche Nachtheile hierdurch den genannten Vorstädten entstehen, liege auf der Hand, eine Führung der Bahn durch die Stadt sei, selbst nach den Ansichten unserer Herren Stadt-Bauräthe bei Aufstellung des ersten Projects, leicht zu ermöglichen, und wird deshalb Seitens des Vereins beschlossen, einen Antrag an den Magistrat zu richten, dahin gehend, dafür Sorge zu tragen, daß die Pferde-Eisenbahn 1) von der Koblenzstraße über das Matthiastell nach Rosenthal und Steintrig und 2) möglichst durch die innere Stadt geführt werde. — In Bezug auf den zweiten Punkt der Tagesordnung, das Nachtwachtwesen betreffend, theilt Herr Lindner der einzelnen Nachtwachtmänner zu groß seien, um eine vollständige Über-

wachung derselben zu ermöglichen, und beantragt, bei dem Magistrat eine Vermehrung der Nachtwachtmänner in den diesbezüglichen Bezirken nachzujustieren. — Seiner Antrag, sowie ein zweiter, von einzelnen speziellen Beobachtungen, beispielsweise der Bezeichnung der Sandbrücke und der Sternstraße, dem Herrn Nachtwacht-Inspector Mittheilung zu machen, blieben nach langer einhender Diskussion in der Minorität. — Nach Verneinung der im Frage- fassen vorgefundenen Frage: ob in diesem Jahre in der Oder- und Sand-Vorstadt Stadtverordneten-Wählern zu vollziehen seien? wurde der Vertrag des 3. Punktes der Tages-Ordnung, „Baupolizeiliches“, die Sitzung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

— d. Breslau, 13. Octbr. [Am Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt] welcher nach längerer Unterbrechung gestern Abend unter Leitung des Herrn Heidemann im Café restaurant wieder seine erste Versammlung in diesem Winterhalbjahr abhielt, gab Sanitäts-Rath Dr. Eger höchst anziehende Bilder von seiner Reise zur Naturforscherversammlung in Graz. Dieselben umfassen Wien mit Umgebung, die Semmeringbahn, die Stadt Graz mit Umgebung und die mit der Versammlung verbundene großartigen Festlichkeiten. Redner stellte einen weiteren Vortrag über Benedikt in Aussicht, an dem sich auch Damen beteiligen können. — Kaufm. Vollrath gab hierauf einen Rückblick über das Vereinsleben während des vergangenen Sommers. — In der Vorstandssitzung vom 23. Septbr. ist beschlossen worden, daß alljährlich am Schlusse des Vereins-Jahres ein Rechenschaftsbericht gedruckt werden soll, enthaltend die Vorstands- und Vereinsmitglieder, den Kassenbericht nebst Revisionsprotokoll, die Vereinstatuten, einen kurzen Bericht über die Vereinstätigkeit und die Namen der ausgeschiedenen Mitglieder unter Aufsicht der Gründe des Austrittes. — Für die nächsten Vorträge, an denen auch Damen Theil nehmen können, sind Apotheker Müller und Dial. Schmeidler gewonnen. Erster wird über ein physikalisch, letzter über ein geschichtliches Thema sprechen. Bei Erledigung des Fragefests wurde u. A. gefragt: Ist es wahr, daß der Magistrat ohne Schlachtfeste, welche bekanntlich im Jahre 1876 aufzuhören soll, nicht bestehen kann? Sanitäts-Rath Dr. Eger verspricht als Mitglied der Elas-Commission, hierüber später die nötigen Mittheilungen zu machen. Schuhmachermeister Elsner spricht sich gegen den Fortbestand der Schlachtfeste aus. Kaufmann Vollrath wünscht es den Stadtverordneten mit auf den Weg gegeben, gegen das Fortbestehen der Schlachtfeste zu stimmen, Herr Großthe endlich räth von einer Überstürzung in dieser Frage ab. Eine andere Frage beschwert sich über das schlechte Pflaster auf der Messergasse. Eine dritte Frage wünscht die Aufstellung einer Normal-Uhr in Breslau. Der Stadtverordnete Dr. Eger wurde aufgefordert, hierfür zu wirken.

— Breslau, 13. October. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Gestern fand auf Veranlassung des Vorsitzenden, Herrn Dr. med. Lipschitz eine Versammlung der Vorstands- und Ausschußmitglieder im Café restaurant statt, in welcher zunächst für 2 ausscheidende Ausschußmitglieder Elsner, Schmeidler zu wählen waren, für die Herren Hellinger und Rohde. Die unter Bedauern des Austrittes der alten Mitglieder getroffene Neuwahl fiel auf die Herren Dr. Bruch und Dr. Schmeidler. Eine Vorlage war u. A. ein Schreiben des Herrn Commissionsrathes Wessel (beir. die Ausdehnung der meist nur die minder gebildeten Volkschichten im Auge haben) den Verbreitung der Volksbildung auf die höhergestellten Kreise, welche schon im vorigen Jahre Gegenstand der Behandlung war, aber durch andere Anlegerheiten unterbrochen wurde. Das Schreiben des um den „Humboldt-Verein“ besonders verdienten Herrn Wessel wurde Herrn Prof. Dr. Körber zur Berichterstattung zunächst im Ausdruck übergeben. Ein fernerer Eintrag war eine kleine Schrift des verstorbenen Prof. Schmidauer: „Das Gebirgsdorf“ usw., was den Lesern der Humboldt-Vereins-Bibliothek wegen seines interessanten Inhalts bestens empfohlen werden darf. Eine Hauptanlegelheit der nächsten Gegenwart sind die Sonntagsvorträge und die chlischen Vorlesungen. Der Anfang der ersten wurde auf Sonntag, den 7. November, festgestellt, ihre Zahl auf 20, und sind dafür schon eine Reihe geschätzter Kräfte gewonnen, deren Namen Herr Dr. Lipschitz in der nächsten Monatsversammlung bekannt machen wird. Von den chlischen Vorlesungen nennen wir einstweilen den Herrn Prof. Körber: „Über die Entwicklung der Naturwissenschaften in den letzten 50 Jahren“, Herrn Dr. Herda's Gedichte der Mark Brandenburg und Herrn Redakteur Dr. Bauer's „Kunstgeschichte“.

* [Herr Richtsteig,] Vertreter der Stadt Görlitz im Herrenhause, welchen bekanntlich wegen der Pilschischen Affäre aus dem Directorium der Berlin-Görlitzer Eisenbahn ausgetreten war, ist nach kurzem Krankenlager am 9. d. M. in Grünberg verstorben.

S. Striegau, 12. October. [Realschulgebäude.] — Zur Verwandschaftsverwaltung der katholischen Kirchengemeinden. — Einführung eines Lehrers.] Der Bau des neuen Realschulgebäudes ist so weit gefördert, daß mit Beginn des Winterhalbjahrs, d. i. am 21. October c. die Einweihung derselben vollzogen werden kann. Das im großartigen Maßstab aufgeführte Gebäude ist als eine besondere Zierde der Stadt zu betrachten. Es erhebt sich am südlichen Theile der Promenade und enthält 12 Lehrzimmer in der Größe von je 35 bis 68 Quadratmeter Grundfläche. Außerdem befinden sich darin: die Aula mit 152 Quadratmeter Grundfläche, ein von einer Balustrade umgebener Turnaal von 16,86 Meter Länge, 8,90 Meter Breite und 6,70 Meter Höhe, ein Beichensaal, ein Konferenzraum, ein Bibliothekszimmer, ein Laboratorium, ein chemisches Cabinet und verschiedene kleinere Schulzwecken dienende Räume. Im Souterrain ist die Wohnung des Castellans, im zweiten Stock die des Directors. Sämtliche Räume zeichnen sich durch angemessene Lichtverhältnisse vortheilhaft aus. Die Einweihungsfeierlichkeiten werden die gesamte Bürgerschaft in Anspruch nehmen, indem nicht nur die städtischen und königlichen Behörden, sondern auch die sämmtlichen Gewerbe, Innungen, Corporations und Vereine zur Theilnahme Einladungen erhalten sollen. Außerdem wird die Anwesenheit des Herrn Oberpräsidenten erwartet. Ein Festakt und am Nachmittage ein Festdinner wird den Einweihungsfeierlichkeiten folgen. — Das hiesige katholische Kirchencollegium hatte bei der Königlichen Regierung den Antrag gestellt, dieselbe möge dem Magistrat aufzeigen, ein Zeichen der katholischen Bürger der Stadt in Gemäßheit des § 25 des Gesetzes vom 20. Juni c. betreffend die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, aufzustellen und dem Kirchencollegium zugeben zu lassen. Hierauf ist Seitens des Herrn Oberpräsidenten für die Provinz Schlesien unter dem 8. September c. die Entscheidung getroffen, daß dieser Antrag als im Gesetz nicht begründet zurückzuweisen sei und es dem Kirchencollegium überlassen werden müsse, diese Littere selbst zu beobachten auf Grund derjenigen Materialien, welche der Magistrat dem Kirchencollegium auf desfallsiges Fisch zu suppedieren nicht Anstand nehmen werde. — Gestern wurde im Beisein des stellvertretenden Bürgermeisters, Rathes Dr. Bartsch, der Lehrer Düreke als 4. Lehrer an der hiesigen katholischen Pfarrschule durch den Kreischul-Inspector, Superintendent Bäck, feierlich in sein neues Amt eingeführt. Hierauf besuchte der neue Schulinspektor die einzelnen Lehrer in ihren Klassen und wohnte einige Zeit ihrem Unterricht bei.

O. Myslowitz, 12. Octbr. [Raubanfall — Markt.] Am Abend des vergangenen Sonntags lehrte der Bürger Misiwitz in Begleitung zweier Frauenspersonen aus Schoppnitzheim. Unterwegs sprangen plötzlich 2 Männer aus dem nahe gelegenen Steinbrüche auf Misiwitz zu, würgten denselben und verlangten von ihm Geld. Schon war der Geängstigte im Begriff seine Baarschaft von etwa 80 Thlr. herauszugeben, als eine Droschke nahte. Misiwitz gewann nun Mut und setzte sich zur Wehr, während die Frauenspersonen um Hilfe riefen. Die Insassen der Droschke, der Infanterie-Gefreite Lustig und ein zweiter Soldat eilten herbei, und die Strolche entflohen. Es gelang indessen nur Einem zu entkommen. Der Andere wurde ergripen und mit kräftiger Hand gefesselt durch den Gefreiten Lustig der hiesigen Polizei übergeben. — Auf dem letzten Viehmarkt standen 80 Pferde, 500 Stück Rindvieh und 1500 Stück Schwarzvieh zum Verkauf und war der Umsatz ein sehr lebhafter; und der Krammarkt war stark besucht.

Motzen aus der Provinz.] * Görlich. Die hiesigen Blätter melden: Am Sonntag Abend 11 Uhr traf der mit seiner Ghettau aus der Centralhalle heimkehrende Zimmergesell Gotsche auf der Kröllstraße mit dem Oberjäger Wehr zusammen, welcher die Frau Gotsche im Vorbeigehen unsanft anstieß. Gotsche stellte ihm hierüber zur Rede und zog nach kurzer hiesiger Wortwechsel ein Taschenmesser, welches er dem Oberjäger in die Brust stieß, worauf er sich mit seiner Frau schleunigst entfernte. Wehr sank wenig Schritte von dem Schauplatze des Streites zu Boden, wurde später aufgefunden und nach dem Lazareth geschafft, wofürlich er, da der Stich die Lunge verletzt, fast hoffnungslos darrniederlegt. Gotsche wurde als der That verdächtig gesuchlich eingezogen und hat sich heut nach anfänglichem Leugnen als schuldig bekannt.

+ Lüben. Das hiesige „Stadtblatt“ meldet: Eine kostbare Mahlzeit nahm vor einiger Zeit auf einem Dorfe hiesigen Kreises eine Ziege zu sich. Diese sah nämlich einen zur Erde gefallenen Benthalscheine wahrscheinlich für ein saftiges Blatt an und verzehrte denselben mit dem größten Appetit. Der Eigentümer des Benthalscheines hatte nichts Eligeres zu thun, als die Ziege

zu schlachten und den Magen derselben einer genauen Untersuchung zu unterwerfen. Der Schein wurde nun allerdings vorgefunden, derselbe befindet sich aber bereits in so aufgelöstem Zustande, daß seine Handhabe, obgleich die Nummer noch kenntlich ist, bei der Präsentation auf hiesigem Kreis-Steueramt verweigert werden mußte. Die Fragmente des Scheins sind nun an die Hauptstraße nach Berlin zur Einlösung gefandt worden.

Δ Beuthen o. S. Elias hat, wie das „Stadtblatt“ wissen will, in den letzten Tagen Bestechungsversuche bei dem Wächterpersonal gemacht, um die Freiheit für Geld zu erlangen. Unter anderen versprach er einem Hüstwärter 600 Thlr., welche im Eisenbahndamm bei Zabrze an einer von ihm näher beschriebenen Stelle vergraben liegen sollen. Es wurden Nachforschungen an Ort und Stelle gehalten, jedoch kein Geld vorgefunden. Einem zweiten Gefangenwärter versprach er gestern 1000 Thlr., wenn er ihn freilese. Er gab an, 1300 Thlr. in Gold bei Morgenrot vergraben zu haben, und wurden ebenfalls Nachforschungen an dem näher bezeichneten Ort gehalten. Diesmal hat sich seine Aussage als richtig erwiesen; die abgesendete Commission hat das Geld vorgefunden.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

London, 13. October. Gestern fand hier eine Privatversammlung von Inhabern türkischer Obligationen aus den Anleihen von 1858 und 1862 statt. Der Vorsitzende derselben, Bennock, bezeichnete als Zweck des Meetings, die türkische Regierung zur Wiederauflösung ihres Confiskationsbetrates, zur Befolgung des erlassenen großherzlichen Firms und zur Erfüllung der vom Großvater Ali Pascha unterschriftlich abgegebenen Zusicherung zu nötigen, daß ein Syndikat für die Anleihe von 1858 errichtet werden solle. Von mehreren Rednern wurde der bestimmte Entschluß ausgesprochen, ihre Rechte auf die für die Anleihe hypothekarisch eingesetzten Bestandtheile des türkischen Staatsvermögens weiter verfolgen zu wollen und die Abhaltung eines öffentlichen Meetings in's Auge gefaßt. Schließlich wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gegen das Dekret des Großvaters vom 6. d. M. protestiert und die Wiedereinführung eines Comite's für die Inhaber von Obligationen der türkischen Anleihe von 1858 vorgeschlagen wird.

Belgrad, 13. October. In der Skupština sind Seitens einiger Mitglieder zwei Anträge auf Revision der Verfassung gestellt worden; dieselben wurden dem Ausschusse zugewiesen. — Fürst Karl von Rumänien hat zur Hochzeitsfeier des Fürsten Milan eine Deputation hierher entsendet. Die Feier findet am nächsten Sonntag statt.

New-York, 13. October. Die Wahl des neuen, der republikanischen Partei angehörigen Gouverneurs von Ohio, Hayes, erfolgte nach Angabe der Demokraten mit einer Majorität von 6000 Stimmen, nach Angabe der Republikaner mit einer Majorität von 10,000. Abgegeben wurden 500,000 Stimmen. Die hiesigen Journale heben die Wiederherstellung der Einheit der republikanischen Partei zur Folge haben werde. Außerdem werde die Wahl die Niederlage der Demokraten in Pennsylvania und die Verminderung der demokratischen Majorität im Staate New-York nach sich ziehen. Bei der bereits gemeldeten, zu Gunsten der republikanischen Partei ausgefallenen Wahl in Iowa wurde Kirkwood zum Gouverneur gewählt.

Berlin, 13. October. Die Unwahrscheinlichkeit der gestern die Börse so tiefe beruhenden Nachricht, welcher zufolge mehrere der größten Pariser Banken um Staatshilfe nachgefragt hätten, und auf die wir im gestrigen Bericht bereits hingewiesen haben, hat sich inzwischen erstaunlich durch das ruhige Verhalten der Pariser Börse herausgestellt. Der wahre Kern, der jener Melung zu Grunde liegen könnte, ist jedenfalls von dem betreffenden Berichterstatter falsch aufgefaßt und hat so eine Bedeutung gewonnen, die ihm durchaus nicht gebührt. Es handelt sich in der in Rede stehenden Angelegenheit wohl nur um gewisse Schriften, welche die genannten Bank-Institute gemeinsam zu thun beabsichtigen, um die Rechte der Gläubiger der Türkei den bekannten Maßnahmen der letzteren gegenüber zu schützen. Auch daß fernere Motive der gestrigen Mattheit, die Zwangsverkäufe der Gewerbebanken, lastete heute nicht mehr auf der Börse und so war es natürlich, daß die Stimmung nicht mehr so wesentlich beruhigter Physiognomie annahm. Die Geschäftstätigkeit blieb aber eine äußerst geringe; der Mangel jeglicher Neigung, in geschäftlichen Transactionen einzutreten, machte sich ganz besonders auf dem Markt für Industriewerke fühlbar. Die internationalen Speculationspapiere nahmen mehrfach einen Anlauf zur Besserung, eine solche konnte jedoch nur stets variell eintreten, da die Bemühungen der Contremine nicht ganz erfolglos blieben. Gestern Staatsbahn war sehr fest und hatte mit einer recht beachtenswerten Advance eingezogen, konnte die höchste Notiz jedoch nicht voll behaupten. Nebenbahnen blieben meist unbedeutend. Galizier und Rudolsbahn waren entschieden matt. Die localen Speculations-Effecten trugen einen festeren Charakter. Disconto-Commandit 143,10, ultimo 143 bis 3 1/4-2 1/4-3 1/4, Dortmund Union 12,75, Laurahütte 78,25, ultimo 78,25-77,75. Die auswärtigen Staatsanleihen waren mäßig belebt und meist unverändert, Türk, Italiener und 1860er Loos zogen etwas im Course an. Deutsche Staatspapiere unbeteiligt. Köln-Mindener Loosbanktheile nachgewiesen haben, bat sich inzwischen erstaunlich durch das ruhige Verhalten der Börse heraus. Eisenbahnprioritäten haben nur sehr geringen Verlust aufzuweisen, auch die Stimmung erwies sich im Allgemeinen als matt. Durch Bödenbach recht fest, Lombarden 3 % offerirt und weidend, Kaischau-Oderberger matt. Auf dem Eisenbahnmarktn

